

Rückblick Wintersession 2009

Mit Doris Leuthard, Pascale Bruderer und Erika Forster haben drei Frauen ein Jahr lang das Zepter der Eidgenossenschaft in der Hand. Als neuer Bundesrichter wurde Thomas Stadelmann aus Horw gewählt. Er hat Wurzeln im Entlebuch.

Drei Frauen an der Spitze der Eidgenossenschaft

Zu ersten Mal seit Bestehen der Eidgenossenschaft sind alle drei Präsidien im Bundeshaus in Frauenhand.

Zur Nationalratspräsidentin und zugleich höchsten Schweizerin 2010 wurde mit einem Traumergebnis von 174 von 182 gültigen Stimmen Pascal Bruderer (SP / AG) gewählt. Mit 32 Jahren ist sie die jüngste Ratspräsidentin seit über hundert Jahren. Die Politologin aus Nussbaumen bei Baden hat eine steile Politkarriere hinter sich. Sie wurde, als sie zwanzigjährig war, Einwohnerrätin in Baden, dann mit vierundzwanzig Grossrätin und ein Jahr später Nationalrätin. Ihre Themenschwerpunkte sind die Sozial- und Bildungspolitik. Sie beherrscht die sogenannte Gebärdensprache, weil sie in ihrem familiären Umfeld Verwandte hat, die schwerhörig und oder gehörlos sind. Pascal Bruderer gehört zur Generation der jungen, konsensorientierten SP-Leute. Im Rating der NZZ wird sie als das am wenigsten links politisierende Fraktionsmitglied der SP aufgeführt. In ihrer ersten Session auf dem Präsidentenstuhl hat sie eine absolut perfekte Ratsführung an den Tag gelegt.

Das Präsidium des Ständerates wurde der 65-jährigen Erika Forster (FDP / SG) anvertraut. Es ist die Krönung ihrer über dreissigjährigen Politkarriere. Sie hat vier erwachsene Kinder und ist die Frau des Textilunternehmers und ehemaligen Präsidenten von Economiesuisse Ueli Forster. Bevor sie 1995 in den Ständerat gewählt wurde, politisierte sie im Stadt- und Kantonsparlament in St. Gallen. Von dort hat sie bereits Präsidialerfahrung. Erika Forster fällt in ihrer Ratsarbeit vor allem dann auf, wenn sie als Präsidentin der Stiftung Landschaftsenschutz Schweiz immer wieder die Parteilinie verlässt und sich für grüne Anliegen einsetzt. Sie ist u. A. auch Mitglied der Kommission Umwelt, Energie und Raumplanung (UREK); von dort kenne ich sie gut aus verschiedenen Differenzbereinigungsverfahren der letzten zehn Jahre.

Mit Doris Leuthard wählte die Vereinigte Bundesversammlung zum dritten Mal (nach Ruth Dreyfuss und Micheline Calmy –Rey) eine Frau an die Spitze unseres Landes. Sie bekam bei magerer Präsenz im Ratssaal 158 von 183 gültigen Stimmen; ein mittelmässiges Resultat, das sich erklären lässt. Dass sie den Linken zu wirtschaftsfreundlich ist, bewies ihr Engagement in der vergangenen Abstimmung zu den Waffenexporten. Und mit der Landwirtschaft erlebte sie in ihrer Zeit als Parteipräsidentin bessere Zeiten als nun als Volkswirtschaftsministerin. Auf Doris Leuthard wartet ein schwieriges Jahr. Das Amt des Bundespräsidiums hat an Bedeutung gewonnen. Früher war es vor allem mit Repräsentationspflichten gefüllt. Heute ist vor allem Führungsstärke gefragt. Nach einem insbesondere aussenpolitisch stark verunglückten 2009 bietet sich für Doris Leuthard die Chance, in diesem Bereich einiges gut zu machen. Vor allem aber muss sie den Bundesrat als Kollegium einen. Die Zeichen dazu stehen seit dem Eintritt von Didier Burkhalter besser als auch schon.

Ein neuer Bundesrichter mit Entlebucher Wurzeln

In der letzten Sessionswoche nahm die Vereinigte Bundesversammlung auf Grund des Rücktrittes von Bundesrichter Robert Müller eine Ersatzwahl ins oberste Gericht unseres Landes vor. Der Anspruch der CVP auf diesen Sitz war unbestritten. So kam der parteiinternen Nomination in der Fraktion entscheidende Bedeutung zu. Dort konnte sich Thomas Stadelmann aus Horw dank eines überzeugenden Auftrittes souverän durchsetzen. Und damit war die Wahl am 9. Dezember eigentlich schon fast geschafft. Mit 169 von 194 gültigen Stimmen wurde er denn auch sehr gut gewählt.

Thomas Stadelmann ist 51-jährig und gibt als Heimatort Horw und Escholzmatt an. Er entstammt einer Juristenfamilie aus Horw. Sein Vater Alois und sein Bruder Bernhard betreiben dort eine Anwaltskanzlei. Die Spuren der Familie führen nach Escholzmatt und Entlebuch. Seine Spuren als Jurist und Richter hat Thomas Stadelmann als Anwalt in Horw, dann neun Jahre als Verwaltungsrichter in Luzern und seit 2007 als Mitglied des Bundesverwaltungsgerichtes in Bern abverdient. Er ist Spezialist im Steuer- und Abgaberecht. Auch wenn er ab nächsten Frühling seine Arbeitsplatz in Lausanne antritt, wird der Vater von zwei Töchtern den Wohnsitz mit seiner Familie in Horw behalten.

Arbeitslosenversicherung wird angepasst

Im Jahre 2003 wurde das Arbeitslosenversicherungsgesetz (ALV) zum letzten Mal revidiert. Dabei wurde von einer Sockelarbeitslosigkeit von 100'000 Personen ausgegangen. Diese Zahl erwies sich als zu tief; auch in der Hochkonjunktur wurde dieser Wert kaum unterschritten. Und inzwischen ist die Schuld auf sechs Milliarden Franken angewachsen. Gegen den Willen der Linken trat der Nationalrat auf die bundesrätliche Vorlage ein. Diese sieht auf der Leistungsseite Einsparungen von ca. 700 Millionen pro Jahr vor. Insbesondere wird in Zukunft von jungen Leuten unter 30 Jahren eine bessere Flexibilität im Annehmen von Arbeiten auch ausserhalb ihrer bisherigen Berufsqualifikation gefordert. Einnahmenseitig erhöht sich der Beitragssatz von 2,0 auf 2,2 Lohnprozente. Zudem wird das sogenannte Solidaritätsprozent auf Einkommen über 126'000 Franken wieder eingeführt.

Persönliche Ratsarbeit

Während der Sonderdebatte zur aktuellen Agrarpolitik habe ich als Fraktionssprecher der CVP ein paar grundsätzliche Ueberlegungen zur Landwirtschaft angestellt (siehe Kasten). In der Frage der Erhöhung der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) vertrat ich die Kompromisslösung von 0,9 Rappen/KWh. Diese obsiegte dann auch relativ deutlich. Und bei der Aenderung des Zivilgesetzbuches (ZGB) verteidigte ich die Haltung der KMU beim Bauhandwerkerpfandrecht. Dieses bleibt nun bis auf Weiteres unverändert. Das ist gut so.

Zudem reichte ich zwei Vorstösse ein: Eine Motion zur medizinischen Grundversorgung im ländlichen Raum. Auslöser dieses Vorstosses ist ein Grundsatzpapier der SAB (Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für das Berggebiet) über die zunehmende Problematik der Ärztenachfolge. Auch im Entlebuch sind wir davon betroffen. Dann eine Motion zur Energie- und Industriepolitik. Wir stellen gerade auch im Kanton Luzern fest, dass sich energieintensive Grossbetriebe je länger je mehr Sorgen machen müssen über ihre internationale Konkurrenzfähigkeit.

Schliesslich habe ich die Kandidatur von Thomas Stadelmann von allem Anfang an diskret begleitet und unterstützt. Seine Wahl hat mich denn auch speziell gefreut.

Frohe Festtage und viel Glück und Segen im neuen Jahr wünscht allen Leserinnen und Lesern des Entlebucher Anzeigers

Ruedi Lustenberger (CVP), Romoos

Votum im Nationalrat am 10. Dezember 2009

Im Vergleich zu anderen Branchen ist die Landwirtschaft bereits in der Bundesverfassung sehr prominent vertreten, und das ist auch gut so. Artikel 104 der Bundesverfassung geregelt sehr umfassend die Aufgaben, welche die Landwirtschaft in unserem Land zu erfüllen hat. Wir reden hier seit etwa 20 Jahren von der sogenannten Multifunktionalität. Dabei geht es vor allem um drei Aufgaben: Um die Versorgungssicherheit, um die Erhaltung der Kulturlandschaft und schliesslich um die Gewährleistung der dezentralen Besiedlung. Daneben haben selbstredend auch noch sehr viele Bestimmungen – ebenfalls auf Verfassungsstufe – im Zusammenhang mit der Raumplanung und der Umwelt einen direkten Einfluss auf die Landwirtschaft und damit auf die Bauernbetriebe.

Damit ist gesagt, dass die Erwartungen und die Forderungen von Politik und Gesellschaft an unsere Agrarwirtschaft und damit an unsere Bauernfamilien sehr hoch sind. Kommt dazu, dass sich die Landwirtschaft je länger je mehr auch in einem globalen Markt behaupten muss. Vis-à-vis dieser Veränderungen und vis-à-vis der grossen Ansprüchen, welche unser Land und unsere Bevölkerung an die Landwirtschaft hat, herrscht in breiten Kreisen der direkt betroffenen Bauernfamilien verständlicherweise grosse Skepsis und auch Sorge.

Unsere Fraktion nimmt diese Zukunftsängste der Bauernfamilien sehr wohl ernst. Es geht darum, dass wir die Partnerschaft zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft – und damit ist auch die Politik gemeint -, die wir in der Schweiz seit Jahrzehnten in einem guten Umgang und in einer guten Tonalität pflegen, auch in Zukunft fortsetzen. Und dabei sind beide Seiten gefordert: Einerseits die Gesellschaft und die Politik, dass sie anerkennt, was die Landwirtschaft für unser Volk und für unser Land leistet und geleistet hat. Andererseits auch die betroffenen Bauernfamilien und die Leute, die in den Parteien für die Agrarpolitik verantwortlich sind, dass dieser Respekt nicht verlorengeht.

Ruedi Lustenberger